

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freimschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Berliner Schiedsspruch Zeugt von wirtschaftlicher Vernunft

Der Lohnstreit zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und dem gewerkschaftlichen Metallkartell ist am 9. November von dem Schlichtungsausschuß durch einen Schiedsspruch beendet worden, und zwar in der Weise, daß das bisherige Lohnabkommen verlängert wird. Das Abkommen ist nun mit 14tägiger Frist erstmalig am 13. Dezember 1931 kündbar.

Die geltenden Lohnsätze bleiben demnach in Kraft, den Metallindustriellen ist es nicht gelungen, das ohnedem schon viel zuviel gekürzte Einkommen ihrer Arbeiter noch einmal zu vermindern. Der Schiedsspruch zeugt von wirtschaftlicher Vernunft, etwas verteuert Seltenes in dieser Zeit der amokartigen Lohnquetscheri. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, der Gewerberat Körner, begründet den Schiedsspruch mit folgenden Selbstverständlichkeiten:

Die Gesteuerungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen.

Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn der Ertrag nicht mindestens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben deckt.

Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird oder, wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange die Mieten nicht gesenkt, die Tarife für die städtischen Unternehmungen (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr) herabgesetzt werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich. Vor allem ist die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zu verbilligen. Es ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, daß der Facharbeiter 6 vH, der ungelernete Arbeiter 8 bis 12 vH und die Arbeiterin und der jugendliche Arbeiter 15 vH und mehr des Nettolohnes hierfür aufwenden müssen. Die vorgeschlagene Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens ist ein Provisorium.

Es müssen nunmehr unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der übrigen Gesteuerungskosten und zur Verbilligung der Lebenshaltung geschaffen werden. Andernfalls wird man in sehr kurzer Zeit vor der bitteren Entscheidung stehen: Weitere erhebliche Betriebseinschränkungen oder Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum.

Mithin stützt der Schlichter seinen Spruch auf platte Selbstverständlichkeiten. Dennoch erregt er allgemein starkes Aufsehen. Dies kann als Beweis dafür gelten, daß in Deutschland die wirtschaftliche Vernunft erschreckend stark geschwunden ist. Von den deutschen Unternehmern wird niemand mehr wirtschaftliche Vernunft erwarten. Sie sind, wie sie jeden Tag dartun, geistig ebenso wie wirtschaftlich bankrott, und in ihrem Schwachsinn verneinen sie, sie vermöchten durch Lohnabbau, durch massenhaften Totschlag ihrer Kunden, sich und ihr System am Leben zu erhalten. Von dieser Unsinnigkeit lassen sie sich auch, wie hundertfältige Erfahrung lehrt, durch den immer schlimmer werdenden geschäftlichen Niedergang nicht abbringen.

Es widerspricht, heißt es in der Begründung des Spruchs, der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung (der Gesteuerungskosten) immer nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Das haben, wie man sich wohl erinnert, der Reichskanzler Brüning wie der Arbeitsminister Stegerwald mehrfach, wenn nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach laut erklärt. Ministerielle Worte — die ministeriellen Taten waren immer das stracke Gegenteil. Was die Minister als unklug, als wirtschaftlich zwecklos und gefährlich erklärten, ist ausgerechnet durchgeführt worden von dem Reichsarbeitsminister Stegerwald mittels zahlreicher Schiedssprüche. Von der vielversprochenen Preissenkung aber haben die Arbeiter nichts gemerkt. So wurde der Reallohn weiter gedrosselt, die Kaufkraft der Masse noch mehr vernichtet — noch ärgere Geschäftsflaute und 4,6 Millionen Arbeitslose sind das Ergebnis dieser wirtschaftlichen Unvernunft.

Der Schlichter von Berlin nimmt nun seinen Vorgesetzten, den Arbeitsminister, beim Wort. Mit dem, was dieser wiederholt als unartig und gefährlich bezeichnet hat, begründet der Schlichter seinen neuen Lohnabbau abweisenden Spruch. Der Schlichter erfüllt nur, was sein Vorgesetzter als unerwünscht und gefährlich erklärt hat. Hoffentlich kommt der Schlichter deswegen nicht zu Schaden. Denn wirtschaftliche Vernunft werden heutigentags sehr übel vermerkt.

Der Berliner Metallschiedsspruch läßt vielfach die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit aussprechen, daß nun mit der verderblichen Lohnquetscheri der Schlichter aufgehört werde, denn so wird weiter gesagt. Es könnten doch unmöglich die durchschlagenden

Gründe des Berliner Schlichters, womit er den neuesten Lohnraubversuch der Metallindustriellen abweist, von den anderen Schlichtern und ihrem ministeriellen Vorgesetzten in den Wind geschlagen werden. Auch wir wünschen das dringend zu Nutz und Frommen der Arbeiter wie der Wirtschaft. Allein, alle Stärke unseres Wunsches nach wirtschaftlicher Einsicht läßt nicht die Stärke der wirtschaftlichen Einsichtslosigkeit des Unternehmertums und seiner politischen Geschäftsbesorger übersehen. So steht zu befürchten, daß der Berliner Metallschiedsspruch nur eine Eintagsfliege bleiben wird. Die Befürchtung wird gestützt durch etliche Schieds-

sprüche der allerletzten Tage, die den Lohn abermals um 4,3 bis 5 vH quetschen.

Die Funktionäre der in den VBMI-Betrieben beschäftigten Arbeiter haben zu dem Schiedsspruch Stellung genommen. Der Berichterstatter, der Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des DMV, der Kollege Eckert, gab der Notwendigkeit Ausdruck, dieser Spruch möge ein weithin sichtbares Haltesignal in Sachen des Lohnabbaus sein, das nicht ohne Einfluß auf die Träger der staatlichen Arbeitspolitik bleiben dürfe. Und der andere Berliner Bevollmächtigte, Kollege Ulrich, erklärte, wenn die Industriellen den Hilfsarbeitern von ihrem 24 M wöchentlichen Nettolohn für 36 Stunden noch wesentliche Abzüge machen wollten, dann zeige das, wie schlimm es mit der wirtschaftlichen Vernunft der Metallindustriellen bestellt sei. Nach einer gründlichen Aussprache beschlossen die Funktionäre einstimmig, den Schiedsspruch anzunehmen und die Verbindlicherklärung durchzusetzen, wenn die Metallindustriellen ablehnen sollten.

Einfuhr verboten!

Im Kampf aller gegen alle, die die internationale Kreditkrise heraufbeschworen, werden neue Hindernisse gegen die Einfuhr aufgerichtet. Durch Verhinderung der Einfuhr wollen die einzelnen Länder ihre Zahlungsbilanzen verbessern. Die Einschränkung der Einfuhr soll ihre Schulden gegenüber dem Ausland verringern, die Erhöhung ihrer Ausfuhr ihre Forderungen an das Ausland erhöhen. Würde die internationale Kapitalbewegung gut funktionieren, so wäre dieser Kampf gegen die Einfuhr und zur Steigerung der Ausfuhr nicht erforderlich, da zeitweilige Überschüsse an Auslandsschulden durch ausländische Kredite beglichen werden könnten. Da aber das internationale Kreditssystem nicht funktioniert, sieht ein jedes Land darauf, durch Warenausfuhr möglichst viel Forderungen vom Ausland zu beschaffen und aus der Wareneinfuhr möglichst wenig Schulden auf sich zu nehmen.

Der Widerspruch, der darin besteht, daß man auf die Dauer nicht ausführen kann, wenn man die Einfuhr einschränkt, da die Kaufkraft der Länder, die nicht ausführen können und von den Kreditquellen abgeschnitten sind, nicht ausreicht, um die Produkte anderer Länder in größerem Umfang zu kaufen — dieser Widerspruch wird zunächst nicht beachtet. Er muß trotzdem in Erscheinung treten und die Folge haben, daß der Weltmarkt, zum großen Schaden der gesamten Weltwirtschaft, zusammenschrumpft.

Gegen die Einfuhr sind in einer Anzahl von Ländern neue Barrikaden errichtet. Die Loslösung vom Gold, die die Wechselkurse der Länder — den Wert des Inlandsgeldes im Ausland — verschlechtert, wirkt selbst als ein Schutz gegen die Einfuhr. Die eingeführten Waren müssen nämlich im Auslandsgeld bezahlt werden, das (infolge der Loslösung vom Gold und der Verschlechterung des Wechselkurses), in Inlandsgeld ausgedrückt, teurer geworden ist. Diese Verteuerung der eingeführten Waren wirkt als Hindernis gegen die Einfuhr. Bis jetzt haben außer England die drei skandinavischen

Länder, zu denen sich neuerdings auch Finnland gesellte, außerdem Rhodesien in Südafrika, vom Gold losgelöst. In Spanien, Australien, Brasilien erfolgte die Verschlechterung der Wechselkurse schon lange vor der englischen Loslösung der Währung vom Gold. In anderen Ländern, wie zum Beispiel in Ungarn, wirkte die Einstellung von Zahlungen an das Ausland in ähnlicher Weise.

Hindernisse der Einfuhr werden außerdem errichtet durch die staatliche Bewirtschaftung der Auslandsgelder. Da die Einfuhr mit Auslandsgeld bezahlt werden muß, wird sie erschwert, wenn Auslandsgeld den Importeuren nicht zur Verfügung gestellt wird. In einer Anzahl von Ländern, zuletzt in Dänemark und Österreich, wurde die Bewilligung von Auslandsgeld zur Bezahlung von Einfuhr unter staatliche Kontrolle gestellt. Staatliche Organe bestimmen darüber, für welche Zwecke Auslandsgeld bewilligt wird.

Selbstverständlich kommen auch die üblichen Mittel der Fernhaltung der Einfuhr zu ihrem Recht. Die Zölle werden erhöht, so zum Beispiel in Italien, das gleich nach der englischen Wäluakrise seine Einfuhrzölle um 15 vH erhöhte. Frankreich geht in der Erschwerung der Einfuhr viel weiter und verbietet die Einfuhr außer durch Zölle auch mit Einfuhrverboten. Es werden bei der Einfuhr einer Anzahl von Waren nur bestimmte Mengen aus jedem Lande zur Einfuhr zugelassen. Die Einfuhr kann nur im Rahmen der festgesetzten Kontingente erfolgen. Für die Einfuhr aus Rußland überhaupt, für die Einfuhr von Kohle aus Holland und Belgien, für die Einfuhr von Wein, Holz und Vieh aus allen Ländern wurden solche Einfuhrverbote erlassen, die als stärkste Hindernisse der Einfuhr wirken. Auch in der Schweiz wächst die Stimmung für die Absperrung der Einfuhr. Sie findet in Schwierigkeiten der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen, die zur Erneuerung des Handelsvertrages von 1926 geführt werden, ihren Niederschlag.

Wessen das Herz voll ist . . .

Wenn das Wort gilt, daß für den Diplomaten die Sprache dazu da sei, um die Gedanken zu verbergen, dann hat sich Herr Brüning letzte Woche vor dem Ausschuß seiner Partei als kein guter Staatsmann erwiesen. Zunächst zwar entströmten seinen Lippen Perlen edelster staatsmännischer Weisheit. „Es gibt nur einen Weg“, rief er seinen begeisterten Parteianhängern zu, „und den sind wir gegangen und werden wir weiter gehen, nämlich den Weg der Ergreifung der sachlich notwendigen Maßnahmen.“ Und noch einmal: „Es gibt nur einen Weg, den Weg, alles zu tun und alle Maßnahmen, die notwendig sind, so aufeinander abzustellen, daß bei der Gratwanderung an den Abgründen vorbei das deutsche Volk endlich wieder auf einen sicheren Weg gelangen kann.“ Man muß zugestehen, der Beifall, den die Prälaten und sonstigen hohen Würdenträger der katholischen Kirche an dieser Stelle ihrem Reichskanzler spendeten, war redlich verdient. Eine solche Geschicklichkeit, mit vielen Worten nichts, absolut gar nichts zu sagen, findet man selten. Wir, als bescheidene Proleten, die wir sind, hätten ja lieber gehört, was für Maßnahmen Herr Brüning für notwendig hält und demnächst zu ergreifen beabsichtigt. Indessen, auf einer Tagung der Zentrumsparthei haben wir nicht mitzureden und sonst werden wir auch nicht gefragt.

Aber das Lob muß für den weiteren Teil der Rede stark eingeschränkt werden. Da nämlich ist es Herrn Brüning — ob mit, ob ohne Absicht — widerfahren, daß er mancherlei gesagt hat, woraus man sich einen Vers machen kann. Zum Beispiel:

„Wir haben praktisch doch jede Vieheinfuhr unmöglich gemacht. Wir sind also sozusagen zu dem lückenlosen Schutz in dieser Beziehung gekommen, den die Landwirtschaft jahrzehntlang gefordert hat. Ist denn dadurch nun etwa die Rentabilität der Landwirtschaft, die sich besonders auf Viehzucht einstellt, erzielt worden? Die Preise sind weiter heruntergegangen.“

Dieses Eingeständnis des Reichskanzlers wollen wir festhalten: die furchtbaren Zölle, die die Vieheinfuhr praktisch unmöglich machen, haben den Landwirten, die vornehmlich Viehzucht betreiben — das sind be-

kanntlich meist nicht die großen Grundbesitzer —, gar nichts genützt! Jedoch, es folgen Stellen in Brünings Rede, die noch viel deutlicher werden und den Arbeiter noch viel näher angehen. Da heißt es:

„Das Jahr 1932 wird für Reich, Länder und Gemeinden . . . das allerschwerste sein. . . Deshalb werden wir, auch ohne Reparationslasten, um weitere ganz schwere und harte Maßnahmen auf allen Gebieten nicht herumkommen.“

Das ist schon recht deutlich, und wenn auch der Kanzler sofort eine gleichmäßige Verteilung der neuen Lasten verspricht, so lehrt uns vielfache Erfahrung — und mehr noch unsere Einsicht in die kapitalistischen Zusammenhänge —, was wir davon zu erhoffen haben. Dann freute sich der Kanzler über den seiner Meinung nach guten Erfolg der steuerfreien Reichsbahnanleihe und fuhr dann fort:

„Die Auswirkungen dieser Maßnahmen werden nicht gleich darin bemerkbar werden, daß Hunderttausende von Arbeitslosen wieder in die Arbeitsstätten hineinkommen. Dazu sind andere Maßnahmen notwendig, die ebenfalls sich in Beratung befinden und vorbereitet sind.“

Und diese „anderen Maßnahmen“ hat er angedeutet und dadurch verraten: Die „Selbstkosten“ der deutschen Wirtschaft müssen insgesamt gesenkt werden, unter „Selbstkosten“ seien aber nicht einseitig die Löhne zu verstehen. Es wird hier wieder mal ausgesprochen, daß die Löhne — nicht einseitig zwar, aber — immer weiter gesenkt werden sollen. Außerdem noch andere

Aus dem Inhalt

	Seite
Der Berliner Schiedsspruch — Einfuhr verboten! — Wessen das Herz voll ist . . .	331
Wie sie passen — Die internationale Kreditkrise	332
Der Auferstandene von Cortemardk — Der Held und die Behörde — Das Leben der Marie Szameitat	333
Gewerkschaften aller Richtungen: Vereinigt euch! — Siedler, seht euch vor! — Unverminderter Dalles bei der RGO	334
O, diese Gewerkschaftssekretäre	335
Die neue Krisenverordnung — Schriftenschau	336

Die internationale Kreditkrise

Wir können hier die einzelnen Phasen der internationalen Kreditkrise, wie sie entstand und sich immer weiter fortpflanzte, nicht ausführlich schildern. Die Vorgänge sind bekannt: der Zusammenbruch der Kreditanstalt in Österreich, die Kündigung von Auslandsanleihen und die Einstellung der Auslandszahlungen in Deutschland, die Zurückziehung der internationalen Anleihen aus England, was die Loslösung Englands von der Goldwährung zur Folge hatte.

Diese Ereignisse erfolgten in einer gespannten politischen Atmosphäre und in einer Zeit, wo die lange Dauer der Wirtschaftskrise, selbst in den wirtschaftlich stärksten Ländern, die Kurse der Wertpapiere, die den Banken als Sicherung für Darlehen und zur Kapitalanlage dienten, zusammenschumpfen ließ, so daß zahlreiche Banken, darunter auch sehr große und angesehene, in Schwierigkeiten gerieten. Es entstand eine internationale Panik. Die Kapitalbesitzer zogen ihre Auslandsguthaben überall zurück, da sie die Sicherheit ihrer Kapitalien im eigenen Land höher einschätzten. Im Inland selbst führte das Mißtrauen der Bevölkerung dazu, daß die Einlagen den Banken in großem Umfang entzogen und Banknoten gehamstert wurden.

Der internationale Zahlungsverkehr war in der Nachkriegszeit nicht nur auf Gold, sondern auch auf Devisen — Guthaben im Ausland — aufgebaut. Das Geldsystem der Goldwährungsländer wurde von der reinen Goldwährung umgewandelt in die Goldkernwährung; neben Gold traten als gesetzliche Deckung für die Banknoten die Devisen. Die Ergänzung der Goldvorräte durch Devisen konnte die Verknappung der Goldproduktion im Verhältnis zu den gesteigerten Warenumsätzen in der Weltwirtschaft mehr als ausgleichen, sie erlaubte eine außerordentliche Erweiterung des Geld- und Kreditüberbaues. Die Auslandsguthaben — Devisen — konnten nämlich nicht nur einmal, wie das Gold, sondern mehrmals zur Grundlage der Banknotenschöpfung und damit zur Ausdehnung der Kredite dienen. Einmal in dem Land, das diese Devisen erwarb, zum andern in dem Land, in dem diese Devisen als Guthaben unterhalten wurden. Ja, es ist in diesem System möglich, die Devisen durch wiederholte Verlagerung von einem Land zum andern zur Grundlage einer noch häufigeren Geld- und Kreditausdehnung zu machen.

Die internationale Kreditkrise hat jetzt dieser Devisenwirtschaft einen starken Schlag versetzt. Das Vertrauen in die Auslandsguthaben wurde durch die Entwertung des englischen Pfundes erschüttert. Die Notenbanken einer Anzahl von Ländern — Frankreich, Schweiz, Belgien und Holland — haben ihre Auslandsguthaben gekündigt und versuchen sie in Gold umzuwandeln. Zum Mißtrauen gesellt sich die Notwendigkeit einer starken Bereitschaft gegenüber einer Kreditpanik, die stets auftreten und zu Abhebungen des Publikums führen kann. In einem Land mit Goldeinlösungspflicht muß einem solchen Ansturm durch Hergabe von Gold an die Besitzer von Banknoten oder Bankguthaben begegnet werden. So entstand die neue Jagd nach Gold. Die Notenbanken und vielfach auch die Privatbanken steigen aus den Devisen heraus und möchten ihren Goldschatz vermehren.

Neben kleineren Ländern mit verhältnismäßig großem Goldvorrat gibt es zurzeit nur zwei Länder mit großen Goldschatzen: Frankreich und die Vereinigten Staaten. Deren Lage in der Kreditkrise ist aber völlig verschieden. Frankreich ist den Vereinigten Staaten stark überlegen. Einmal ist die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten ungleich stärker fortgeschritten als in Frankreich. In Amerika sind etwa tausend kleinere und einige größere Banken zusammengebrochen. Das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den Banken ist im Wachsen, Einlagen in großem Umfang werden abgehoben und gehamstert, die Geldbesitzer versuchen sogar ihre Dollarnoten in Gold umzuwechseln. Auch in Frank-

reich erfolgten Bankzusammenbrüche, auch dort na das Hamstern von Banknoten stark zu, auch dort wert Banknoten geiegentlich in Gold umgewandelt. Jed waren diese Vorgänge in Frankreich bei weitem nicht umfangreich und von viel geringerer Bedeutung als in den Vereinigten Staaten. Denn — und das ist der wesentliche Unterschied — im Gegensatz zu Frankreich sind die Vereinigten Staaten mit außerordentlich hohen Guthaben an das Ausland kurzfristig verschuldet, vor allem an Frankreich, das dort gewaltige Devisenguthaben hält. Diese Schulden dürften 1½ bis 2 Milliarden Dollar betragen, wovon ein großer Teil französische Forderungen sind.

Die Vereinigten Staaten haben ebenfalls große Forderungen an das Ausland. Diese aber sind zum Teil in Deutschland oder Mitteleuropa kurzfristig ausgeliehen und zurzeit nicht verfügbar, zum Teil bestehen sie aus ausländischem Wertpapierbesitz, der wegen der niedrigen Kurse nicht verwertbar ist. Die kleinen Länder — Belgien, Holland, die Schweiz usw. — haben ihre Guthaben in Amerika zurückgezogen und in Gold umgewandelt. In kurzer Zeit verloren die Vereinigten Staaten eine große Menge im Werte von 650 Millionen Dollar.

Entscheidend war aber das Verhalten Frankreichs, des größten Gläubigers der Vereinigten Staaten. Ein großer Teil der französischen Guthaben in Amerika wird vom amerikanischen Finanzkönig Morgan verwaltet. Das französische Kapital stellte seine Bedingungen. Für die Bereitschaft, die französischen Guthaben in Amerika zu belassen, mußten in einem Abkommen von Amerika die französischen Bedingungen erfüllt werden. Es heißt, daß ein Teil der französischen Guthaben in Gold umgewandelt, ein Teil von den privaten Banken zur Notenbank übergeleitet werden sollte. Bedingungen, die das Vertrauen zum Dollar und zu den amerikanischen Banken nicht gerade erhöhen. Von größter Bedeutung ist aber die Forderung Frankreichs, Amerika, den amerikanischen Diskontsatz so hoch zu halten, daß die Kredite durch die Verteuerung eingeschränkt werden. Unter französischem Druck wurde der amerikanische Diskontsatz in letzter Zeit zweimal erhöht und weitere Erhöhungen sollen bevorstehen.

Zur Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens das Geld- und Kreditwesen wollte man in Amerika endlich den richtigen Weg beschreiten: das Vertrauen durch Steigerung der Produktion und der Beschäftigung zu stärken. Eine Gefahr für den Dollar bestand darin, nicht im geringsten, ganz anders wie in Deutschland, ein solcher Versuch zur Ankurbelung, wenn er nicht engen Grenzen bleibt, zur Erschütterung des Wertes der deutschen Mark in Ausland führen könnte. In Amerika kam diese Gefahr nicht in Frage, sondern als Folge der neuen Kreditpolitik hätte sich nur eine gewisse Steigerung des inneren Preisniveaus ergeben können, was gegenwärtig für Amerika gerade das erwünschte Ziel ist. Diese neue Kreditpolitik, kaum noch begonnen, wurde von Frankreich durchkreuzt. Nachdem die hier oben geschilderte Umwandlung der Devisen in Gold und Kreditgrundlagen bereits einzuschränken drohte, bedeutet die von Frankreich geforderte Krediteinschränkung den Verzicht auf eine Kreditpolitik, die der Konjunkturankeubelung dienen soll.

Aus welchen Gründen immer Frankreich vorging, verfolgt eine Politik, die die Erleichterung der Weltwirtschaftskrise unmöglich macht. Die Folgen dieser Politik werden früher oder später auf Frankreich zurückfallen, dessen Ausfuhr, heute schon im stärksten Rückgang begriffen, im Falle weiterer von Frankreich der Welt aufgezwingener Senkung der Weltmarktpreise noch schärfer zurückgehen wird. Die Zeche für den Kampf des Kapitalismus zweier kapitalistischer Länder muß aber die Arbeiterschaft durch erhöhte Arbeitslosigkeit bezahlen. In der Unfähigkeit zur Lösung der Kreditkrise tritt der Bankrott des Kapitalismus jedem sichtbar zutage.

4622000 Vollarbeitslose

Der Monat August brachte eine Zunahme der Beschäftigten um 225 000, der September um 140 000 und der Oktober um 267 000. Am 31. Oktober waren in Deutschland 4 622 000 Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts ohne Beschäftigung. Davon wurden in der Arbeitslosenunterstützung 1 185 000 und in der Krisenfürsorge 1 350 000 unterstützt.

Die deutsche Wirtschaft verfügt über einen Bestand von etwa 21 Millionen Arbeitskräften (Arbeiter und Angestellte) die für den freien Arbeitsmarkt in Frage kommen. Von diesem Bestand dürften gegenwärtig noch etwas über 16 Millionen Arbeit stehen. Ende November wird etwa jeder vierte Deutsche ohne Beschäftigung sein. Der Schrumpfungprozess, der seit Juni eingetreten ist, hat so gut wie keinen Wirtschaftszweig verschont. Von Ende Juli bis Ende September sind in der deutschen Industrie 269 000 Arbeiter freigesetzt worden. Obenan stehen das Baugewerbe mit rund 81 000 Arbeitskräften. Es folgt die Metallindustrie mit 60 000, ungelernete Arbeiter mit 50 000 usw. Neben dem Beschäftigungsrückgang wuchs die Kurzarbeit. Ende September arbeiteten rund 30 vH der Gewerkschaftsmitglieder verkürzt. Man beachte: beinahe ein Viertel der Arbeiterschaft ist arbeitslos und von den Arbeitstehenden arbeitet noch ziemlich der dritte Teil verkürzt. So sieht es zurzeit in Deutschland aus! Diese Entwicklung geschä trotz günstiger Witterungsverhältnisse. Eine Illustration dafür, wohin eine Wirtschaftspolitik führt, die Lohnsenkung und Kaufkraftvernichtung als die Richtschnur volkswirtschaftlichen Handelns betrachtet.

Der Umschwung auf dem Weltmarkt

Die Preisbefestigung auf den Rohstoffmärkten hat auch Anfang November angehalten. An fast allen Warenbörsen herrscht Kauflust. Die wichtigsten Motive, die den Handel und die Spekulation zu Käufen anregen, dürften folgendermaßen gekennzeichnet sein: verminderte Anbauflächen (Getreide, Baumwolle, Zucker), geringe Vorräte beim Zwischenhandel (Metalle, Wolle), die immer noch niedrigen Preise (Kaffee, Zucker), erneute Aktivität der Kartelle (Kupfer, Zinn, Baumwolle, Zucker), Valutaschwankungen, die Kreditpolitik der Vereinigten Staaten und schließlich die Hoffnung auf eine Besserung der weltpolitischen Lage. Es ist im Augenblick noch nicht klar, ob die Tendenz zur Preisbefestigung sich als dauerhaft erweisen wird. Schlüsse sind deshalb aus dem Umschwung auf dem Warenmarkt noch nicht zu ziehen. Dennoch ist die Preisbewegung an den internationalen Warenmärkten beachtens-

„Selbstkosten“, die aber nicht genannt werden. Was dabei herauskommt, wissen wir aus mehrjähriger Erfahrung. Und dann folgt die „unbedingt notwendige Elastischmachung der Tarifverträge“.

Wie stimmt das doch überein mit einer Äußerung, die vor kurzem die Bergwerkszeitung tat: „Schließlich weiß jeder einzelne Unternehmer am besten, was für Löhne er zahlen kann.“ Was nützt alle Beteuerung des Kanzlers über die „gleichmäßige Verteilung der Opfer“, wenn er praktisch ebenso wie bisher genau das tut, was die Unternehmer wünschen und was ihnen nützt?

Zu allem Überfluß hat dann nach dem Reichskanzler der Arbeitsminister Stegerwald jeden diplomatischen Schleier fallen lassen und mit brutaler Offenheit gesagt:

„Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter zwar eine größere Arbeitslosigkeit zu erwarten, aber sie wird uns nicht mehr kosten als im letzten Winter.“

Sie wird „uns“ nicht mehr kosten! Wer sind „uns“? Natürlich die Unternehmer, die Kapitalisten, auf deren Seite sich dieser ehemalige Arbeiter in der Sprechweise stellt. Für ihn ist es eine Rettung, wenn die Arbeitslosen im kommenden Winter noch schlimmer hungern müssen. Nicht nur die Arbeitslosen. Mit derselben Offenheit fuhr Herr Stegerwald fort:

„In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind 8 bis 9 Zehntel dessen, was man abbauen konnte, bereits abgebaut. Viel ist da nicht mehr möglich. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Veränderungen kommen müssen.“

Wahrlich, Herr Stegerwald ist kein Diplomat. Den Vorwurf kann man ihm nicht machen. Volles Licht hat er ausgegossen über die „anderen Maßnahmen“, die Herr Brüning zartfühlend verschwie. Doch wessen das Herz voll ist, des läuft der Mund über. Herr Stegerwald plauderte weiter aus:

„Wir sind über den Inflationswinter 1923/24 auch nur hinweggekommen mit dem Belagerungszustand... Wenn dafür gesorgt ist, daß die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, äußerstenfalls mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel Ordnung zu schaffen.“

Man muß den Herren Brüning und Stegerwald dankbar sein für ihre Offenherzigkeit. I by kus.

Wie sie prassen

Der schwerindustrielle Scharfmacher Fritz Thyssen hat in Amerika die deutsche — Sozialpolitik für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Das ist derselbe Fritz Thyssen, von dem eine Berliner Gesellschaftszeitung in ihrer Nummer vom 23. Oktober 1931 vielsagend schreibt:

„Daß der bekannte Rennreiter v. Borke nun doch Frau v. Zobelitz heiraten wird, bestätigt, was wir andeutungsweise hier bereits vor Wochen schrieben. Damit entfällt für Fritz Thyssen in diesem Winter der Einkauf kostbarer Pelze.“

Darüber hat Herr Fritz Thyssen in Amerika wahrscheinlich nicht gesprochen.

Im Favag-Prozeß gab es am 23. Oktober eine Sensation, als der Verteidiger der angeklagten Direktoren mitteilte, daß die Provisionen der Favag-Direktoren noch gar nichts wären im Vergleich zu anderen Gesellschaften. Er führte an, daß bei einer anderen Versicherungsgesellschaft der Generaldirektor für ein großes Geschäft eine Provision von 1 Million Dollar bekommen hat. Vermutlich ist der gleiche Herr, der diese Provision bezogen hat, ein begeisterter Vertreter der Auffassung, daß nur Lohn- und Gehaltsabbau uns retten könne.

Vor kurzem wurde in Mannheim der Nachlaß des verstorbenen Generaldirektors Röchling, des Mitinhabers der Gebrüder Röchling Eisen- und Stahlhandlung in Ludwigshafen, versteigert. Es ist wert, festzuhalten, was die Mannheimer „Volkstimme“ über diese Nachlaßversteigerung erzählt:

„O, man möchte die Arbeiter an die Hand nehmen und sie einmal durch die Räume führen, in denen einer dieser Wirtschaftsgewaltigen hauste.“

Ist es etwa gerecht, christlich, verteidigungswert, daß die Arbeiterfamilien in Löchern hausen, daß sie ihr ganzes Leben lang kämpfen, um einige wenige armselige Möbel zusammenzusparen, daß die Milch nicht reicht für die Kinder und das Fleisch nur Sonntags auf den Tisch kommt?

Und auf der anderen Seite, da besitzen die Herren dieser Erde — die für diese Herren durchaus kein Jammerthal ist — Gobelins, die über 2000 M erbringen; sie besitzen Gemälde von 500 M an aufwärts, sie haben Fluchten von Zimmern, eines feudalen und wertvoller eingerichtet wie das andere. Unzählige Vasen..., Frankenthaler Porzellan..., Speiseservice für 24 Personen wird von 750 auf 1110 M gesteigert! Indessen überlegt die Frau des Arbeiters, ob sie nicht endlich das Dutzend Löffel sich ersteinen kann. Kristalle und Silbersachen, Perserteppiche, Bechsteinfügel und Tischdecken...“

Nach einer Zeitungsmeldung beträgt die Riesen-Witwenpension, die die AEG alljährlich der Witwe ihres langjährigen Generaldirektors Geheimrat Felix Deutsch regelmäßig zu zahlen hat, etwa eine halbe Million Mark. Nehmen wir einen Durchschnittslohn von 150 M den Monat an, so könnten davon 330 Arbeiter beschäftigt werden, ohne daß wahrscheinlich Frau Deutsch zu hungern bräuchte!

Die männlichen Burschen, die demnach prassen und das Geld verschleudern, sind alle in der Korona zu finden, die nach Lohnabbau schreien.

Der Beschäftigungsgrad der Metallindustrie

Seine Einwirkung auf die Mitglieder des DMV

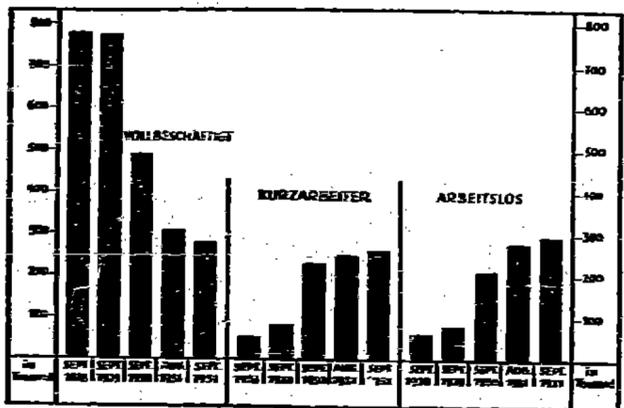
Die Berichte über die Arbeitslage der Metallindustrie im Monat September 1931 bieten ein sehr trübes Bild. Abgesehen von der Radioindustrie, den Elektrizitätswerken und einigen Zweigen der Maschinenindustrie, weisen alle Berufsgruppen schlechteren Geschäftsgang auf. So berichtet der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, daß sich im 3. Quartal 1931 der gesamte Auftragsgang in der Maschinenindustrie trotz der Russenaufträge gegen das 2. Quartal um 10 und gegen das gleiche Quartal des Vorjahres um 30 vH verringert hat. Im Schiffbau ging im Laufe des 3. Quartals der „Vorratbestand von 130 651 auf 113 468 Brottoregisterstücken zu. In der Schwerindustrie stockte infolge der englischen Währungs- und die Ausfuhr. Fast völlig entblößt von Aufträgen war die Lokomotiv- und Waggonindustrie. Wenn hier nicht baldigt die Reichsbahn eingreift und eine Erweiterung des Arbeitsbeschäftigungsprogramms vornimmt, ist in dieser Berufsgruppe mit weiteren Stilllegungen zu rechnen.

Auch die Rohisen- und Rohstahlerzeugung ist im Monat September weiter gesunken. Während noch im August 499 000 Tonnen Rohisen und 690 000 Tonnen Rohstahl produziert wurden, sank die Erzeugung im September auf 438 000 Tonnen Rohisen und 593 000 Tonnen Rohstahl. Die durch-

schnittliche arbeitstägliche Gewinnung entsprach im September 37,6 vH der höchsten arbeitstäglichen Rohisenerzeugung und 39,9 vH der höchsten arbeitstäglichen Rohstahlerzeugung der Nachkriegszeit.

Infolge der Betriebs Einschränkungen und -stilllegungen verringerte sich im Laufe des Monats September die Zahl der vollbeschäftigten Metallarbeiter von 832 767 oder 51,3 vH auf 767 595 oder 48,6 vH. Die Zahl der Kurzarbeiter dagegen erhöhte sich in der gleichen Zeit von 710 862 oder 43,8 vH auf 728 482 oder 46,1 vH. Arbeitslos waren Ende September 759 772 Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Das ist gegenüber Ende August ein Mehr von 25 212 und gegenüber dem Monat September 1930 ein Mehr von 198 883.

Inwieweit durch die sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit die Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Mitteldenschafter gezogen wurde, geht aus folgendem Schaubild hervor. Es waren jeweils am Ende des Monats



Demnach waren Ende September 1931 nur noch 280 437 Verbandsmitglieder oder 33,3 vH vollbeschäftigt, 262 368 oder 31,2 vH arbeiteten verkürzt und 298 257 oder 35,5 vH waren arbeitslos. Verhältnismäßig die meisten Kurzarbeiter weist der Arbeitskreisbezirk Südwestdeutschland mit 55,2 vH auf, während die meisten arbeitslosen Verbandsmitglieder die Provinz Ostpreußen mit 46,6 vH birgt.



Familie und Heim



Der Auferstandene von Cortemarck

Von Heinrich Wandt

Es war im November 1916. Da gelangte an die Etappen-Inspektion der 4. Armee zu Gent das Gesuch eines kleinen Magdeburger Beamten, der in sehr rührender Weise darum bat, die Leiche seines einzigen, nur knapp zwanzig Jahre alt gewordenen Sohnes, der als Kriegsfreiwilliger hinausgezogen und im Walde von Houthulst schwerverwundet worden und dann zwei Tage darauf im Feldlazarett zu Cortemarck den Helden-tod fürs Vaterland gestorben sei, heimholen zu dürfen.

Er wisse wohl, so schrieb der Mann in großer, ungelinker Schrift, daß die Kosten einer solchen Totenüberführung für ihn, da er doch nur ein ganz kärgliches Gehalt beziehe, fast unerschwinglich wären, aber er dürfe sie nicht scheuen, denn es gälte, seine ob des unersetzlichen Verlustes schon völlig schwermütig gewordene Frau vor der ihr drohenden geistigen Umnachtung zu schützen. Das sei aber nur möglich, wenn ihrem innigsten Wunsche, wenigstens das Grab ihres so geliebten Kindes in der Nähe zu haben, willfahrt würde.

Da das stellvertretende Generalkommando des IV. Armeekorps, das im Interesse der Spionageabwehr erst den Verfasser der Eingabe, weil er in ihrem Dienstbereich wohnte, auf Herz und Nieren prüfen mußte, ob er in vaterländischer Beziehung auch absolut zuverlässig war, keine Bedenken gegen ihn hatte und das genannte Feldlazarett seine Angaben bestätigte, so erteilte ihm die Etappen-Inspektion im Einverständnis mit dem Armeekorps-Oberkommando zu Thielt die erbetene Genehmigung.

Die Ausgrabung und Überführung der Leiche, die dem trauernden Vater dank der genau zu erfüllenden Bedingungen und des Umstandes, daß er für seine eigene Hin- und Rückreise den vollen Fahrpreis dritter Klasse bezahlen mußte, auf insgesamt 600 Mark zu stehen kam, ging ordnungsmäßig vonstatten. Aber dann passierte etwas ganz Ungeheuerliches!

Der Tote von Cortemarck lag schon fünf Tage unter dem bereiten Rasen des Magdeburger Friedhofs, als der letzte Sonntag des November aus dem trübseligen Herbstnebel heraufdämmerte. Der Vater war gerade zum Friseur gegangen, und die tiefgebeugte Mutter rüstete sich eben, um mit ihm das ihr so teure Grab wieder aufzusuchen und mit frischen Blumen zu schmücken.

Da erklang auf einmal in der bedrückenden Stille, die seit jener Stunde in dem elterlichen Heim herrschte, in der der alte Briefträger die Unglücksnachricht aus Flandern in das Haus brachte, hell und laut, ja übermäßig hell und laut, die Türklingel, und als die ganz in Schwarz gekleidete Frau, in der der Schmerz alle Lebensfreude erstickt hatte, müde durch den Korridor schritt, um nachzusehen, wer so stürmisch Einlaß begehrte, da weiteten sich ihre Augen vor Jähem und sie eiskalt überflutendem Entsetzen, denn da stand ihr als tot und begraben betrauerter Sohn vor ihr und schickte sich an, sie mit einem Freudenrufe an sein Herz zu drücken!

Aber es war eine Ohnmächtige, die er in den Armen hielt, und als wenige Minuten später der Vater zurückkehrte, da besaß er wohl seinen fälschlich als verstorben gemeldeten Sohn wieder, aber seine Frau war inzwischen vor Schrecken wahnsinnig geworden, denn sie hatte sicher geglaubt, ein dem Grabe entstiegene Gespenst zu erblicken...

Diese Tragödie kam der Etappen-Inspektion erst zur Kenntnis, als der kleine Beamte in einem neuen Gesuch um die Ersetzung der für ihn ein Vermögen darstellenden Summe bat, die ihn die Überführung der fremden Leiche gekostet hatte. Die daraufhin sofort angestellten Ermittlungen ergaben folgendes:

Der Beamtensohn wurde im Houthulster Wald nur leichtverwundet und Sanitäter lieferten ihn zusammen mit einem zur gleichen Zeit schwerverwundeten Kompaniekameraden in das Feldlazarett zu Cortemarck ein. Dort mußte sich noch an demselben Tage durch irgendeinen unglücklichen Zufall die Verwechslung der Erkennungsmarken der beiden zugetragen haben, denn der Leichtverwundete wurde wegen eines plötzlich einsetzenden starken Verwundetenzustroms schon am anderen Morgen nach dem viel weiter rückwärts liegenden Kriegslazarett zu Iseghem abgeschoben.

Der Schwerverwundete, der nicht mehr aus seiner Bewußtlosigkeit erwachte, atmete noch zwei Tage und wurde dann auf dem Kirchhof zu Cortemarck unter dem Namen des Beamtensohns beigesetzt, indes dieser selbst, sobald er sich wieder auf dem Wege der Besserung befand, in die Genesungsabteilung 4 kam, die in der riesigen Halle des im Jahre 1913 errichteten Generalausstellungspalastes und des daneben befindlichen che-

maligen Kasematten des früheren Napoleonischen Forts untergebracht war. Und während er sich dort auf den ihm zugesagten Urlaub freute, kaufte sich sein Vater in derselben schönen alten Stadt, nachdem er sich das dazu nötige Geld mühselig zusammengeborgt hatte, den vorgeschriebenen Zinksarg, um dann mit diesem nach dem westflandrischen Flecken weiterzufahren und die Leiche seines angeblichen Sohnes in die Heimat zu überführen...

Die mehrwöchige strenge Briefsperrung, die gerade in dieser Zeit für alle in Belgien stehenden deutschen Heeresangehörigen angeordnet war, um den Spionen der Alliierten die just vor sich gehende große Truppenumgruppierung geheimzuhaltend, hatte es dann noch zu allem Übel verhindert, daß der Feldpostbrief, den der Beamtensohn aus Gent an seine Eltern schickte, vor seiner eigenen Ankunft in Magdeburg eintraf.

So hatte das Verhängnis seinen Lauf genommen, und der Etappen-Inspektion 4 blieb nichts anderes übrig, als das nur zu berechnete Gesuch des Mannes befürwortend weiterzureichen...

Der Held und die Behörde

Daß einer ins Feld zog und eine Frau zurückließ, die er erst vor zwei Wochen geheiratet hatte, daß dann nach einem Jahre die amtliche Nachricht an die Frau gelangte, daß ihr Mann gefallen sei — das kam in den Jahren des Weltkrieges häufig, viel zu häufig vor. Auch daß die Witwe, nachdem Trauer und Trauerjahr vorüber waren, sich von neuem verheiratete, wie es Frau Szabo aus dem ungarischen Orte Koloszvar tat, ist ein durchaus häufiger Fall; kompliziert wurde er nur dadurch, daß ihr erster Mann, Alexander Szabo, gar nicht tot war, sondern von den Russen gefangen. Er hat keine Möglichkeit, sich mit der Heimat in briefliche Verbindung zu setzen, weiß also von seiner Totmeldung und von der zweiten Heirat seiner Frau nichts. Erst im Jahre 1923 kommt er in die Heimat zurück und erfährt all das...

Auch dies noch ist Heimkehrerschicksal, das nicht nur einmal geschah. Wie aber Alexander Szabo es meisterte, indem er ihm nachgab, wie er nicht an den vier Jahren Krieg, sondern an den sieben Jahren zwischen 1923 und 1930 zum Helden wurde, zum Helden im seelischen und somit wahrhaftigen Sinne, das ist wohl einmalig!

Denn Alexander Szabo ging nicht hin, um seine Frau zu fragen: „Der andere oder ich!“, ging nicht hin, um die Ehe ungültig erklären zu lassen, die seine oder die des andern. Er liebte seine Frau, liebte sie mit jener tiefen und rechten Liebe, die auch auf den Besitz der Geliebten verzichten kann. Und so ging er nicht zu seiner Frau, sondern sorgte, daß sie von seiner Wiederkehr nichts erfuhre. Ließ sich aber unterrichten von allem, wie sie lebte, wußte, daß ihre Ehe glücklich war, erfuhr im Laufe der Jahre von der Geburt dreier Kinder.

Und erfuhr also auch vor einigen Monaten, daß der zweite Mann seiner Frau gestorben war. Er schrieb ihr sofort: die Bahn war für ihn frei. Und er gedachte sie bald zu heiraten. Sie willigte gern ein; sie hatte ihn wohl immer geliebt. Das Heldenstück eilte mit Riesenschritten seinem glücklichen Ende zu. Es wäre schon zu Ende — aber auf seinem Wege saß — die Behörde.

Nämlich für die Behörde ist Alexander Szabo tot. Um zu vermeiden, daß seine Frau durch sein Wiederauftauchen beunruhigt wurde, hatte er sich bisher nicht amtlich zurückgemeldet. Das rächte sich nun. Die Beamten weigern sich, ihn jetzt noch anzuerkennen. Ungezählte Papiere, Dokumente, Akten muß er beschaffen, ungezählte Papiere, Dokumente, Akten müssen geändert oder neu gefertigt werden. Und wenn es ihm gelingt, den widerspenstigen Amtsschimmel in Trab zu setzen — dann, das ist zu hoffen, wird er wenigstens noch bei Lebzeiten seine Witwe heiraten können!

Unberechtigter Vorwurf

„Du nimmst nie auch nur den geringsten Anteil an irgend etwas, was ich tue“, beklagte sich die junge Frau.
„Du mußt aber nicht so ungerecht sein, Liebste. Erst die letzte Nacht, als ich nicht schlafen konnte, habe ich mir den Kopf darüber zerbrochen, was du in den Kuchen getan haben magst, den wir gestern hatten.“

Abgewiesener Bettler

„Gnädige Frau, ich habe wochenlang kein Stückchen Fleisch gesehen!“
„Marie, zeigen Sie dem armen Manne einen Metzgerladen!“

in ihrer Gedankenlosigkeit vergessen hatte, die Sicherung zu lösen.

Auch daran denkt Marie, wie leicht die Gedankenlosigkeit überfallen und dann auch morden kann. Denn, so sagt sie sich nochmals, es wäre Mord gewesen an den Kindern.

Langsam zieht sie sich aus. Sie will schlafen. Sie ist jetzt müde, aber wieder mutvoll. Sie wird einen Ausweg finden. Es ist noch Zeit. Sie wird morgen zu dem Armenarzt gehen und mit ihm sprechen. Vielleicht wird er helfen.

Ruhig schläft Marie ein.

Fünf Uhr morgens.

Bleigrauer Nebel über feuchtem Asphalt. Die Häuser seitwärts der Straßen scheinen zu schwanken und zu schwimmen. Ab und zu ein Auto, ein Lastwagen, der Gemüse in die Halle fährt, eine vereinzelt Nachtdroschke, vor der müde ein magerer Gaul zum Stall trottet. Manchmal: Menschen, Betrunkene, die kunstvoll umschwendend die Straßenecke besiegen; müde Kellner, die von irgendwoher vom Dienst kommen; unausgeschlafene Arbeiter, Thermosflaschen und Stullen in den Aktenmappen unter den Armen; Kolonnen, die in irgendeine Frühschicht gehen. Zwischendurch ein Nacht-omnibus, eine gespenstisch die schallende Leere durchkreuzende Straßenbahn. An den Straßenkreuzungen Arbeiter, die mit ratternden Niethämmern und zischend grell aufsprühenden Schweißapparaten ihre Nacharbeit an den Schienen beenden, von einem Häufchen derangierter neugieriger Nachtbummler umstanden.

Eine Jalousie wird hochgezogen, stöhnt und ächzt in den Gelenken; hier und dort leuchtet plötzlich ein Fensterquadrat hell auf, man glaubt förmlich zu hören, wie sich hinter dem Fenster jemand sprudelnd wäscht, gurgelnd sich die Zähne putzt und verschlafen unwillig aufstöhnt: Wieder ein Tag, äh! — Ein Frühmorgen wie jeder andere hier, Stunde zwischen Schlaf und Aufwachen.

Marie durchheilt sie hastig auf dem Wege zur Zeitungs-expedition. Marie ist noch müde, wenige Stunden nur hat sie geschlafen, doch ihr Kopf ist klar und auch ruhig geworden. So nimmt sie ihre Zeitungen entgegen. Fünfzig noch feuchte, Druckschwärze ausatmende Zeitungen, fünfzig Treppen auf, fünfzig Treppen ab, aber sieben Mark in der Woche. Sieben Mark? Das ist viel Geld, sehr viel Geld, wenn man es braucht. Dafür lohnt es sich schon, früh aufzustehen.

In der Expedition wird Marie erwartet. Von der Botenfrau, die ihr neulich den Tipp mit dem Vergnügungsort gegeben hat.

Wichtige Neuigkeit: Oben am Kurfürstendamm, in einer Seitenstraße, ist ein neues Tanzpalais eröffnet worden.

„Janz große Sache, wissense. Da gehen Tausende rin. N'feines Haus, n'sehr feines Haus!“

Eine Verwandte der Frau hat in diesem Tanzpalais drei Toiletten gepachtet. Und sucht nun eine zuverlässige Frau für einen der Waschräume hinter dem Ballsaal.

„Hab' ich doch sofort an Sie gedacht. Das wäre sowas für Sie. Da wäre mit einmal raus aus dem Schlamassel.“

Nur eine Kautions von hundert Mark für die Waren sei notwendig, sonst nichts. „Da wer'n doch so Sachen verkauft, wissense, Puder, Schminke, Lippenstifte, Kölnisch Wasser, Parfüm und so Puppen und sonen Kleinkram, na, was die Damen da so kaufen. Das wäre was für Sie. Fängt zwar um achte schon an und is erst um dreie alle. Aber die Hälfte vom Trinkgeld und zwanzig Prozent vom Verkauf! Das is ne Goldquelle, sag ihn Ihnen.“

Marie horcht auf. Will fragen, die andere aber läßt sie nicht zu Wort kommen. „Greifense man nur zu, sag ich Ihnen, lassense sich die Gelegenheit man nich aus der Hand graspschen. Das is ne Gelegenheit, das is ne ganz große Sache. Sows kommt nur alle zehn Jahr mal, sone Chance. Wennse Glück haben, könnense da im Monat glatt Ihre dreihundert Mark machen, zweihundert bestimmt. Die Weiber da haben es locker und sind spendabel. Se sind nich anständig, aber spendabel sind se und dicke Trinkgelder gebense. Na, ich könnt erzählen, ich kenn ja det Jeschäft, von meiner Garderobe, wissense. Ich hab mir jetz'n Grundstück gekauft, mit ne Laube. Nur von die Garderobe! Na also.“

Marie will das alles gern glauben. Sie will nur den Redefuß der Frau unterbrechen und wissen, wie sie denn die Gelegenheit packen soll.

„Na, ich hab se doch empfohlen. Das Geschäft is doch schon richtig. Also jehense man heute vormittag mal hin zu meiner Kusine, hier is die Adresse, und stellense sich vor. Und denn sind Se drin im Laden. Wen ich empfehle, den nimmt meine Kusine.“

Das ist allerdings nicht so dahergesagt. Wenn es so ist, dann ist das etwas, wo man zugreifen muß. Eine Chance, die Marie ernstnehmen muß. Vielleicht eine ganz große Gelegenheit, vielleicht sogar ein Ausweg, wenn auch nicht der Rettungsweg, so doch ein Seitenweg, der zu ihm hinführt. Denn Marie weiß genau, daß das, was sie vorhat, Geld kostet, viel Geld, sehr viel Geld, wahrscheinlich, bestimmt. Und verdient sie viel Geld, dann ist alles leichter. Das weiß Marie schon: Geld ist wichtig, Geld ist die Hauptsache, Geld ist dreiviertel Rettung.

Marie bedankt sich überschwänglich. Sie wird hingehen, noch heute vormittag. Und sie wird sich auch erkenntlich zeigen, wenn etwas daraus wird. Die andere lacht und winkt ab: „Das hat noch Zeit, da läuft noch viel Wasser den Kreuzberch runter. Und wenn es soweit is, dann gebense mir mal'n Zwanziger ab.“ Marie lacht wieder und nickt.

Gut, daß ihr dies dazwischengekommen ist. Das zerstreut die schlimmen Gedanken. Beim Treppaufundab überlegt Marie, betrachtet die Sache von allen Seiten, rechnet, prüft, kalkuliert. Das ist wirklich ein großer Treffer, der sich ihr da anbietet. Zweihundert Mark? Und etwas Festes? Aussicht, noch mehr zu verdienen? Das ist gut, sehr gut.

Aber die hundert Mark Kautions? Woher nehmen, wenn man sie nicht hat? Marie denkt hin und her. Sie wird zu ihrer Freundin Trude gehen und sich von ihr das Geld leihen. Trude wird es gern geben. Marie steht ja sicher dafür. Gut so! Marie sieht wieder Licht, wo vor Stunden noch Schwärze, gähende Schwärze war, aus dem nur ein verhängnisvolles Fragezeichen genarrt hatte.

Die Zeitungen sind bestellt, die Büros gereinigt, die Vormittagsaufwartung ist erledigt.

Marie ist bei der Frau, die orientiert ist und der Marie sehr gut gefällt. Sie werden bald einig: Die Trinkgelder werden geteilt, zwanzig Prozent vom Verkauf für Marie. Handschlag — Marie hat die Chance ergriffen.

Jetzt kommt das andere, das Wichtigste: der schwere Gang zu dem Armenarzt.

Marie wäscht sich, sorgfältig und peinlichst; sie frisiert sich, nun zieht sie frische Wäsche an, das Kleid, setzt den Hut auf, sucht ihren Mantel. Sie ist fertig. Sie gibt sich einen Ruck. Sie beginnt den schweren Weg, den sie jetzt gehen muß.

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXXIII.

Marie rechnete nach. Ja, auch sie hat sechs Kinder geboren, eins in Königsberg, fünf hier, vier von diesen fünf leben. Und das siebente trägt sie nun in ihrem Leib, wo es wächst, von Tag zu Tag wächst.

Aber sie hat keinen Mann mehr, sie steht allein. Alles lastet auf ihren Schultern. Sie muß die vier Kinder füttern und kleiden, sie muß ihren Haushalt führen und verwalten, sie muß ihre fünfzehn Stunden im Tag arbeiten, sie muß das Geld, das verfluchte, widerspenstige, kostbare Geld mit ihren roten, aufgesprungenen, verhornten, übermüdeten Händen suchen und zusammenscharen, damit ihr Dasein ohne Anspruch und Festmahl nicht zusammenkracht und dann fünf arme, unschuldige Leben unter sich begräbt.

Das alles muß Marie, Marie mit ihren dreiunddreißig Jahren, die still und geduldig, ohne Prahlern und ohne Klagen Schlachten brav durchkämpft und Vormärche tapfer gewonnen, und umgebrochen Enttäuschungen hingenommen und eine Unsumme von Leid und Bitterkeit überwunden haben, wie sie eine Unsumme von gutem Willen und schönen Vorsätzen umspannt haben.

Vielleicht wäre es doch das Beste? Vielleicht hat die Frau doch richtig gehandelt?

Verhängnisvolles Gedankenreifen in Maries Gehirn. Dann wäre alles geordnet! So und so! Dann wären sie alle befreit von allem, das sie bedroht! Sie, die Kinder und auch das Ungeborene, das nicht nach diesem Dasein der Verdammung ruhen kann. Was würde es anders sein, als verdammt von Anbeginn! In Elend hineingeboren und in ein Tagen, das mit Wimmern und Hungern beginnen müßte.

Jäh schießt ein anderer Gedanke durch Maries Gehirn: Was sagte damals der Arzt? Ein solches Kind trägt den Krankheitskeim in sich, den Keim, der sich auswächst zu Irrsinn und Untergang. Soll sie, muß sie das gebären?

Wieder wandern Maries Blicke, verwirrt und hilflos. Kein Ausweg, kein Ausweg! Vielleicht wäre doch gut, zu denken, wie diese Frau gedacht hat?

Plötzlich fühlt Maries Hand das Schlüsselbund, das auf dem Tisch liegt. Die Hand spielt damit, flüchtig und gedankenlos. Spielt mit dem kleinen Schlüssel zur Tischschublade. Ein schlimmer Gedanke, der mit Marie spielt, ein schlimmer Gedanke.

Das Schloß schnappt auf. Die Zeitungen werden fortgeschoben. Da liegt er schwarz und kalt und drohend: der Revolver. Liegt schon in der Hand, in die jäh die metallische Kälte hinüberfließt.

Mechanisch greifend schießt sich die Hand um den Griff. Automatisch schiebt sich der Zeigefinger in den Hahn. Langsam hebt sich die Hand, bis sie in der Höhe der Schläfe steht, langsam drückt die Hand den Lauf an die Schläfe, und langsam und gefühllos preßt der Zeigefinger auf den Zughebel.

Nichts. Schweigen und nichts!

Warum nichts? Das Gehirn fragt und die Frage weckt auf. Marie ist wieder wach. Noch immer drückt der Lauf wie ein schwarzer, spöttischer Strich auf die gespannte Haut. Jetzt erst zuckt die Eiskälte des Metalls wie ein elektrischer Funken in Maries Gehirn. Mit klatschendem Aufpeitschen fällt die Waffe aus der Hand auf die Zeitungen in der Schublade. Die Hand reißt zitternd und hastig die Stirn. Dahinter stürmen die Fragen: Was wolltest du tun? Warst du von Sinnen? Warst du verrückt, Marie?

Marie ist ganz wach und Klarheit der Gedanken. Unsinn, was sie hatte tun wollen, Unsinn und Verbrechen. Sie darf ja nicht sterben! Sie muß ja leben, leben, weiterleben und weiterarbeiten! Um der Kinder willen. Und auch um ihrer selbst willen.

Marie steht auf. Steht gerade und ohne Schwanken. Sie schießt die Schublade mit hartem Stoß. Es war gut, daß sie



Verbandsleben



Gewerkschaften aller Richtungen: Vereinigt euch!

Unter dieser Überschrift bringt die Metallarbeiter-Zeitung am 31. Oktober einen Aufsatz, der sich mit der Notwendigkeit der Vereinigung aller Gewerkschaften befaßt. Einleitend sagt der Verfasser, daß die Schwerverdiener und Großkapitalisten nur das eine Bestreben hätten, die Folgen der kapitalistischen Mißwirtschaft auf die Lohnempfänger abzuwälzen. Um dieses Ziel ganz zu erreichen, treibe diese kleine, aber mächtige Kapitalistengruppe zur offenen Diktatur. Die Arbeiterschaft solle wieder zu willenslosen Kulis herabgedrückt werden; indem man ihr die Errungenschaften der Nachkriegszeit stückweise raube und den Lohn mit aller Gewalt unter den Daseinsmindestsatz drücke wolle. Der Verfasser kommt zu dem einzig richtigen Schluß, daß angesichts dieser Gefahr die Vereinigung der gewerkschaftlichen Richtungen zur zwingenden Notwendigkeit geworden sei, um die schändlichen Pläne der Todfeinde der Arbeiterschaft zum Scheitern zu bringen.

Der Verfasser des Aufsatzes hat wahrhaftig recht! Es ist wirklich allerhöchste Zeit, daß dem geeinten Block der Sozialreaktion eine geschlossene Gewerkschaftsfront entgegengestellt wird. Sollen wir vielleicht warten, bis es den Todfeinden der Arbeiterschaft gelungen ist, den staatlichen Machtapparat völlig zu beherrschen? Alle Anzeichen deuten auf Sturm! Immer drohender erhebt der Faschismus die Faust. Ist es doch schon so weit bei uns, daß die Reichsregierung auf Geheiß eines beutegierigen und machtkollerigen Unternehmertums schon die Lohnkürzung und den Abbau der Sozialversicherung von Amts wegen betreibt.

Und was ist noch viel übrig von unserer gepriesenen Demokratie? Der Reichstag? Auch er wird den Lauf der Dinge nicht mehr entscheidend beeinflussen; denn er bildet nur noch das Verfassungsmantelchen für die Regierung der Notverordnungen. Unsere christlich-nationale Regierung tut ihr möglichstes, den Forderungen der Großverdiener und Sozialreaktionäre nachzukommen. Andernfalls wäre es nicht möglich, daß nur immer solche Notverordnungen ergingen, die für das arbeitende Volk nur neue Not verordnen. Auch aus diesen Gründen ist es zwingende Notwendigkeit, in den gewerkschaftlichen Lagern alles Trennende zu verbannen, das Gemeinsame herauszustellen und die Abwehr als geschlossenes Ganzes aufzunehmen.

Haben die Lohnempfänger nicht alle gleich stark zu leiden? Ist vielleicht das Brot der Kollegen vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbund billiger als das unsere? Werden etwa die christlichen Gewerkschafter weniger hart von der „Rationalisierung“ der Unternehmer betroffen? Wir und sie haben in ganz gleicher Weise unter den politischen und wirtschaftlichen Mißverhältnissen zu leiden.

Will die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht zu völliger Ohnmacht verdammt sein, dann darf sie sich die völlig überflüssige und schädliche Zersplitterung ihrer Kräfte nicht mehr länger leisten. Dieser beklagenswerte Zustand muß ein Ende nehmen; er ist der Hemmschuh bei allen Maßnahmen zur Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gewiß ist die Zeit für Kampfmaßnahmen nicht günstig. Aber die Schädlichkeit der gewerkschaftlichen Zersplitterung wird auch bei Abwehrkämpfen gegen Verschlechterungen handgreiflich. Hat man schon je von Unternehmerorganisationen gehört, daß sie sich in ihrem Tun und Lassen von Weltanschauungsfragen leiten lassen? Wenn es sich um das Profitinteresse handelt, dann zieht das Unternehmertum an einem Strang, gleichgültig, ob sie Juden, Christen oder Atheisten sind, ob sie sich zum Zentrum, den Deutschen Nationalen, der Volkspartei oder zu einer anderen Partei bekennen. Dies sehen wir besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier sind die Schlottjunker und Zechenbarone, ganz gleich, welcher Anschauung sie holdigen, von jeher bestrebt gewesen, die Lebensbedingungen der Arbeiter aufs äußerste einzuschränken. Und jetzt jagt eine Lohnkürzung die andere. Kann das ein neuer Lohnstreik in Kraft gesetzt ist, hebt ein neuer Lohnstreik an. Das gleiche gilt in Hinsicht auf die Arbeitszeitkämpfe. Und ist es vielleicht vergessen, daß gerade die christlich-nationalen Großverdiener aus dem Ruhrgebiet, die Thyssen, Vögler, Velsen und Klöckner es waren, die 1923 zum kommandierenden General der französischen Besatzungsarmee, Degoutte, gingen, um ihn zu bewegen, für das Besatzungsgebiet die deutsche Sozialgesetzgebung zu beseitigen? Und war es vielleicht nur ein Zufall, daß bei der kürzlich in Harzburg veranstalteten Parade der Inflationenpolitiker so viele „Prominente“ aus dem Kohlenpott vertreten waren?

Wer steht der Arbeiterschaft in ihrem Ringen mit einem übermächtigen Gegner bei? Niemand. Sie ist auf sich allein angewiesen. Zudem stehen leider noch große Teile der Lohnempfänger unter der Bedrückung ihrer Gegner und deren gut besoldeten Werber. Das alles verschlimmert sich noch in dem Maße, wie die gewerkschaftliche Zersplitterung andauert. Terror und Diktatur stehen uns bevor, wenn nicht baldigst an die Stelle der gewerkschaftlichen Zersplitterung eine einheitlich handelnde, organisatorisch eng verbundene Gewerkschaftsorganisation tritt.

Gewiß wird es keine leichte Aufgabe sein, bei einem gewerkschaftlichen Zusammenschluß die altgewohnte Liebe zum eigenen Betrieb in Besseres zu wandeln. Aber wo dann wirklich ein Wille vorhanden ist, wird auch ein Weg gefunden werden. Man sollte versinnen, daß das, was dem Unternehmertum möglich gewesen ist, auch den Metallarbeiterverbänden gelingen mußte.

Wenn fällt nun die große Aufgabe der gewerkschaftlichen Vereinigung zunächst zu? Der größere Bruder hat zu beginnen. Mit anderen Worten: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband als der weitaus stärkste der Verbände mußte Anreger und Führer sein. Womit nicht gesagt sein soll, daß die andern untätig bleiben sollen. Die Uneinigkeit, die Zersplitterung der Metallarbeitergewerkschaften hat viel zu lange gedauert. Der Nutznießer dieses unhaltbaren Zustandes war und ist die Reaktion. Die drohende Gefahr sind weniger die Nazis als eine großindustrielle Diktatur mit Entrechtung und Verelendung der Arbeiterschaft. Darum nochmals: Gewerkschaften aller Richtungen, vereinigt euch! K. E.

Siedler, seht euch vor!

Der Arbeiter soll siedeln! Das Reich will den arbeitslosen Siedler helfen. Einige Millionen zur Förderung der Arbeitsbeschäftigung sind bereits locker gemacht. Viele neue Taster schämen wieder Hoffnungen. Der Versäuernde klammert sich an ein Strohhalm und ist deswegen Versprechungen leicht zugänglich — trotz aller Enttäuschung. Und das — auch unter den Arbeitslosen werden natürlich die Dummen nicht alle. Und daher warnen wir es jetzt plötzlich an allen Ecken und Enden von „Arbeitslosen“ Leuten, die dem Arbeitslosen so schnell wie möglich zu einem neuen Siedlungslokal und zu einem ebenso neuen Siedlungsgericht verhilfen wollen. Die Erwerbslosenbünde schließen wie Pflze aus der Erde.

Unter diesen Leuten gibt es natürlich auch harmlose Versäuerer. Der Deutsche ist ja ein großer Versäuerer. Warum soll nicht auch die Erwerbslosenbünde der deutschen Ver-

einzelner neuen Auftrieb geben? Es gibt aber auch sehr wenige harmlose Erwerbslosenbünde. Bei diesen handelt es sich lediglich um Dummenfang und um Fledderei. Der Arbeitslose wird mit süßen Versprechungen in diese Bünde hereingeholt, und dann darf er zunächst einmal treu und brav Beitrag zahlen. Zu seiner Beruhigung versichert man ihm, daß die Leitung des Bundes mit der Regierung und auch mit den Gewerkschaften in Verbindung stehe. Das ist natürlich alles Kohl. Gewiß haben sich naive Regierungsstellen gefunden, die geglaubt haben, ein gutes Werk zu tun, wenn sie die Veranstaltung einer Erwerbslosenversammlung finanzieren. Aber das alles ändert nichts an der Tatsache, daß es sich bei den Erwerbslosenbünden um faule Gründungen handelt.

Mit Vorliebe tragen diese Erwerbslosenbünde möglichst hochtrabende Namen. Auch geben sich die Bünde gerne als „gemeinnützige“ Einrichtungen, obwohl es sich bei ihnen in den meisten Fällen eher um eine unangenehme gemeine Ausnützung handelt; denn die Versprechungen können nicht gehalten werden. Die Hauptsache ist für die hinter den Bänden stehenden Drahtzieher, daß eine Zeitlang genügend Beiträge fließen, damit irgendwo ein Laden aufgemacht werden kann, der den Beitragszahlern gegenüber so tut, als ob etwas für sie getan werde. Stellt sich dann später die Pleite ein, nun, dann haben eben die Geprellten das Nachsehen.

Mit den Erwerbslosenbünden geht es ähnlich wie mit so manchen „Grundstücksgesellschaften“, die im Laufe des letzten Sommers in Großstädten und vor allem in Berlin ihr Unwesen trieben. Auch diese Gesellschaften versprachen ihren Opfern goldene Berge. Sie erzählten, verkauften ihnen sogar Parzellen zum Bau einer Siedlung oder eines Wochenendhäuschens, bis sich dann herausstellte, daß der verkaufte Grund und Boden dem Verkäufer gar nicht gehörte. Auch an die Betrügereien, die seinerzeit an den aus Polen gekommenen Ostflüchtlingen verübt wurden, muß man sich unwillkürlich erinnern, wenn man das Treiben der Erwerbslosenbünde beobachtet. Auch den armen Flüchtlingen wurde von falschen Wohltätern vielfach mit Siedlungsversprechungen der letzte Groschen herausgelockt. Siedlung — das ist der ergiebige Jagdgrund für Hyänen.

Erwerbslosensiedler, seid vorsichtig, vor allem dann, wenn die Bünde mit ihren Beziehungen zu einflussreichen Stellen auftrumpfen und bluffen.

Unverminderter Dalles bei der RGO

Vor allen Stempelstellen stehen die Apostel der sogenannten „revolutionären“ Gewerkschaftsopposition, um Mitglieder zu werben. Prahlend wird erzählt, daß sie die einzige und beste aller Gewerkschaftsorganisationen sei und 400 000 Mitglieder zähle. Schamhaft aber wird verschwiegen, wo die Erfolge und Mitglieder eigentlich sind. Darüber gibt nun Auskunft das 10. Heft (Oktober 1931) von „Betrieb und Gewerkschaft“, Organ des Reichskomitees der RGO. In diesem mit dem Untertitel „Organ für marxistische Strategie und Taktik“ versehenen Papier werden unter einem Wust von starken Worten und dunklen Fremdwörtern so nebenbei einige Angaben über die Erfolge gemacht. Während man möglichst fett eine zahlenmäßige Mitgliederzunahme von — 40 000 im letzten Halbjahr feststellt, schreibt man dann recht klein und versteckt, daß der größte Teil dieses Zuwachses lediglich aus den Reihen der Erwerbslosen stammt und die Erfassung der Betriebsarbeiter gar keine Fortschritte macht. Bedeutsam ist weiter die Feststellung, daß in den ehemaligen Hochburgen und hauptsächlichsten Werbebezirken der KPD, wie Halle-Merseburg, Wasserkante, Niedersachsen, ein Rückgang der Mitgliederzahlen der RGO eingetreten ist. Nur in sechs Bezirken Deutschlands, die die Segnungen kommunistischer Gewerkschafts- und Parteipolitik bisher noch nicht am eigenen Leibe gespürt haben, ist nach dem genannten Papier ein geringer Fortschritt der Organisation zu verzeichnen.

Dasselbe Bild bietet sich bei Betrachtung der Arbeit unter den Erwerbslosen. Sogar hier, bei den am allermeisten von der Not betroffenen und den Hetzparolen gegenüber am wenigsten widerstandsfähigen Proletariern, beginnt die Agitation unfruchtbar zu werden. Nach dem Eingeständnis des eigenen Organs der RGO sind nur in Oberschlesien, Pommern und Württemberg Erfolge bei diesen Gruppen feststellbar. Wir sehen also, daß von dem „riesenhaften und stürmischen Anstiegen“ der Mitgliederzahlen noch recht wenig zu merken ist. Muß man nicht dabei überhaupt an der Richtigkeit der angegebenen Zahlen stark zweifeln?

Besieht man sich dann noch die mit „revolutionärem Elan“ besetzten Agitatoren und führenden Mitglieder der RGO-Gruppen etwas näher, dann kann man sein blaues Wunder erleben. Davon sei eine kleine Kostprobe gegeben: Dem Agitator der Fuldaer RGO, namens L..., der niemals gewerkschaftlich organisiert war, sich aber nicht genug tun kann in Schmähungen der freien Gewerkschaften und ihrer Führer, wurde sehr stark bestritten, daß er wirklich Mitglied der von ihm propagierten RGO sei. Allzu bekannt ist die Beitragsscheu und das mangelnde Solidaritätsgefühl dieses Kämpfers. Zum Beweis seiner Mitgliedschaft wies er nun seine Mitgliedskarte der RGO vor, und siehe da: Seit dem im Mai dieses Jahres erfolgten Eintritt waren bis zu diesem Zeitpunkt (Oktober) noch keinerlei Beiträge bezahlt. Sogar das Eintrittsgeld stand noch immer aus.

Von dieser Art Mitglieder soll es nach den Angaben desselben Führers in Fulda 200 geben. Nicht genug, daß die RGO an und für sich den billigen Jakob gegenüber den wirklichen Gewerkschaften macht, legt sie außerdem auf Beitragszahlung gar keinen Wert. Ihr genügt die Ausstellung möglichst vieler Mitgliedsansweise. K. L.

Brauchen Organisierte mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten?

Das Reichsarbeitsgericht hat eine bedeutungsvolle Entscheidung gefällt. (RAG. 21. 5. 30 — 18. 30.) Einige organisierte Arbeiter hatten sich geweigert, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Der Unternehmer war infolgedessen gezwungen, die Streikbrecher zu entlassen. Diese strengten nun gegen die organisierten Arbeiter Schadensersatzklage an. Die Kläger wurden jedoch in allen Instanzen abgewiesen. In der Begründung des Reichsarbeitsgerichts heißt es u. a.: Die Beklagten sahen in den Klägern Streikbrecher und hielten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Das Verhalten der Beklagten wäre unsittlich gewesen, wenn sie den Zweck verfolgt hätten, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen. Es ist aber festgestellt, daß die Beklagten nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen, vielmehr erachteten sie es als mit ihrer Standesehre nicht verträglich, mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Das Verhalten der Beklagten würde einen Verstoß gegen die guten Sitten auch dann in sich schließen, wenn ihr Tun geeignet gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder auch nur zu gefährden. Nach den getroffenen Feststellungen kann auch davon keine Rede sein.

Dieses Urteil des Reichsarbeitsgerichts erscheint uns sehr ver-

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 22. November, ist der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. November 1931 fällig

Für den Bezirk Halle wird zum baldigen Antritt ein

Bezirks-Sekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen und der Verhandlungstechnik unseres Verbandes vollständig vertraut ist, rednerische Fähigkeiten besitzt und eine mindestens zehnjährige Mitgliedschaft im DMV und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Kenntnisse der Verhältnisse im Bergbau und der Knappschafts-Gesetzgebung sind erwünscht. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 30. November 1931 mit der Aufschrift „Bewerbung Bezirks-Sekretär Halle“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148, einzusenden.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 31 des Verbandsstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen des 18. Verbandstages in Karlsruhe und den Beschlüssen vom Vorstand und Ausschuß.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Answies über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Heidelberg, Greifswald, Eilenburg: Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt.

nünftig. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Unternehmerpresse über die getroffene Entscheidung in Wut gerät. Dennoch hat die höchste Instanz der Arbeitsgerichte als ganz richtig erkannt, daß es einem organisierten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Vor allem ist es erfreulich, daß das Reichsarbeitsgericht auch bei den Arbeitern eine Standesehre feststellt. Die Gegner der Arbeiterschaft glauben, daß der Arbeiter und Angestellte eine Standesehre nicht besitzt und darauf auch keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Desto beachtenswerter ist die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts.

Ernst Franke †

Am 11. November starb ganz plötzlich und unerwartet der Angestellte unserer Berliner Ortsverwaltung, der Werkzeugmacher Ernst Franke im Alter von 51 Jahren an den Folgen einer Operation.

Zweieinhalb Jahrzehnte stand unser Freund und Kollege im Vordertreffen der Berliner Metallarbeiterbewegung. Sein Name hat in der Geschichte der Berliner Metallarbeiter guten Klang. Im Kreise seiner Berufskollegen war er ein fleißiger und eifriger Berater und Mitarbeiter, der weit über diesen Kreis hinaus seine Person in den Dienst der gemeinsamen Sache stellte. Bereits in den jungen Jahren war er Mitglied verschiedener Berliner Bezirksleitungen und war in den verschiedenen Berliner Betrieben als Vertrauensmann tätig. Sein ausgeprägtes Kameradschaftsgefühl machte ihn in Kollegenkreisen sehr beliebt, der dem jungen Verbandsgeschlecht als Beispiel treuer Pflichterfüllung dienen kann. In den letzten Stunden seines Lebens hat er durch sein schmerzhaftes Leiden schwer gelitten. Seine letzten Worte galten der Metallarbeiterbewegung, der er von früherster Jugend an die Treue gehalten hat. Mit Ernst Franke scheidet einer der besten Gewerkschaftskollegen von uns, der in treuer Pflichterfüllung am Aufbau unserer Organisation mitgearbeitet hat. An dieser Stelle sei ihm der Dank besonders ausgesprochen für die aufopfernde Tätigkeit, die er im Dienst unserer gemeinsamen Sache geleistet hat; wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Jubilärfest in Gelsenkirchen

Unsere Verwaltungsstelle konnte 25 Jubilare ehren. Im Metallarbeiterheim wurde eine ernste Feierstunde aus diesem Anlaß abgehalten. Der Volkschor bestritt mit guten Leistungen den gesanglichen Teil. Kollege Franken begrüßte im Auftrage der Ortsverwaltung die Erschienenen. Dann sprach Genosse G. A. Lehnert einen von ihm selbst verfaßten Prolog „An die Veteranen“. Reicher Beifall lohnte den Vortrag. Die Begrüßungsansprache hielt Verbandsvorsitzender Kollege Brandes, Berlin. Er überbrachte den Jubilaren die Grüße und den Dank des Verbandsvorstandes. Wir wollen heute zusammen sein, um Rückblick und Ausschau zu halten, damit wir neuen Mut fassen und unsere Kampfesmacht stärken. Scheinbar geht manchen die Entwicklung zu langsam, ungeduldig drängen und stürmen sie vor und bleiben doch nicht auf dem rechten Weg. Trotzdem brauchen wir den Sturm und das Drängen der Jugend. Unsere Jubilare können uns bestätigen, daß es in den letzten 25 Jahren vorwärts gegangen ist. Der Einfluß der Arbeiter ist gestiegen und überhaupt nicht mehr wegzudenken. Wir nähern uns der Zeit, wo ein internationales Denken Selbstverständlichkeit wird. Das ist der Erfolg unserer Tätigkeit. Es mehren sich die Zeichen des Abstiegs der kapitalistischen Klasse und es beginnt der Aufstieg der Arbeiterklasse. Diese Entwicklung verdanken wir den Männern, die wir heute ehren. Sie waren klar in ihrem Ziel und haben ihrem Verband in schwersten Zeiten die Treue gehalten. In fleißiger und zäher Arbeit hat ihr mitgeholfen, unserem großen Ziele näherzukommen. Die Rede schloß er mit einem Hoch auf die Jubilare und den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Im Auftrage der Jubilare dankte Kollege Schlüter für die Glückwünsche. Kollege Mertens legte das Treuegelübde der Jugend ab. Besonders wurde noch der Frauen als der treuen Gefährtinnen unserer Jubilare gedacht. Ein geselliges Beisammensein beschloß die Feier.

Am 10. November beging der Kollege Max Schatz von der Verwaltung des DMV in Ohrdruf sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Er ist einer von den Alten, die immer treu zum Verband gehalten haben, und er ist heute noch funktionär der Ortsverwaltung. Das möge recht lange noch so bleiben.

O, diese Gewerkschaftssekretäre!

Woran sie angeblich und woran sie wirklich schuld sind

In Nr. 228 der Bergwerks-Zeitung steht ein Leitartikel mit der Überschrift: Damals gab es noch keine Gewerkschaftssekretäre! Der Verfasser ist ein ungewisser Spittama. Dieser gute Mann ist im Walde spaziergegangen, dabei ist ihm das heutige Elend gedämmert, was ihn zu Vergleichen mit der Vergangenheit aufmunterte, wobei er zu dem weisen Schluß kam, daß es früher doch besser gewesen sei, und zwar deshalb, weil es damals noch keine — Gewerkschaftssekretäre gab.

Da habt ihr! Ihr werdet nun wöglich gar sagen, der Mann, der solcher Weisheit fähig ist, stehe jenseits von Gut und Böse. Da seid ihr aber schief gewickelt. Der Mann ist hervorragender Mitarbeiter der Bergwerks-Zeitung. Kohl serviert er dort immer. Darob werdet ihr auf die geistige Beschaffenheit dieses schwerindustriellen Blattes schließen. Und mit eurem naheliegenden Schluß habt ihr nicht unrecht. Für unsere kapitalistische Presse ist heutigtags das Blödeste gerade gut genug. Je blöder, desto besser. Woher sollte sonst wohl der Bankrott der Wirtschaft kommen?

Der genannte Spittama ist wahrscheinlich noch sehr jung, aber geschäftskundig. Er weiß offenbar sehr gut, was sein Publikum gerne liest. Er versteht den Dienst an seinen Kunden, und verdient sich sein Leben damit. Wer könnte dem Manne das übel nehmen bei diesen schweren Zeiten?

Die Jugend des Mannes ist dafür verantwortlich, daß er nicht weiß, daß es in der Zeit, wohin seine Sehnsucht zieht, schon Gewerkschaftssekretäre gab. Denn ihnen ist es ja in starkem Maße zuzuschreiben, daß die Kinderarbeit verboten, der Arbeiterschutz eingeführt, die mörderisch lange Arbeitszeit verkürzt, kurz es verhütet wurde, daß die Arbeiter von ihren Ausbeutern nicht seelisch und körperlich zugrunde gerichtet wurden. Dank dieser unermüdeten Tätigkeit der Gewerkschaftssekretäre blieb der wertvollste Teil der Wirtschaft einigermaßen gesund an Geist und Leib, und es konnte bei dem Zusammenbruch im November 1918 der Zerfall des Reiches hintangehalten werden, so daß sich die Herren, die mit blauen Brillen über die Grenzen flüchteten oder sich in Mauselöcher verkrochen, beim Aufgeben ihrer Wanzenakt — wieder wohl fühlen konnten.

Es gab also damals schon Gewerkschaftssekretäre, aber es gab schon Schwindelunternehmen, wie Treberaktien, Laurahütte, aber doch noch keine Kartelle und Monopole, die mit dem Lebensbedarf des Volkes schamlosen Wucher treiben. Und es gab auch noch keine Direktoren, die dutzendweis in einem einzigen Werk herumstiefeln, eine Serie Automobile besitzen. Damals ließen sich die Direktoren auch noch keine Prachtschlösser bauen. Damals lief auch noch nicht ein Rattenschwanz von Doktor-Ingenieuren in jedem Hüttenwerk herum und belasteten noch nicht die Verwaltung weit über die Tragfähigkeit. Damals gab es freilich auch noch keine Lahusen, keine Favag-Direktoren und Devaheim-Pastoren, ja auch noch keine kohlliefernde Spittama.

Welcher Kohl in den Werksblättchen vorgesetzt wird, sei an einem Beispiel dargetan. In solch einem Papier ist folgendes zu lesen: Wer wollte die Rationalisierung? Wer hat immer gewarnt? Wer trägt die Verantwortung? Darauf wird geantwortet: An der Rationalisierung haben die Gewerkschaften schuld! Schon auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß hätte sie der ADGB gefordert. Dann hätten die Gewerkschaften durch Steigerung des Lohnstandes die Rationalisierung hochgetrieben. Das hätte zur Überschneidung der Lohnhöhe und damit zu dem heutigen Elend geführt.

Wer hat gewarnt?, fragt das Werksblättchen weiter. Als Antwortgeber wird der Generaldirektor Vögler vorgeschoben. Wie dieser sich zur Rationalisierung verhalten hat, ist bekannt. Nach dem Zusammenschluß der Vestag

sagte Vögler öffentlich: Wir haben eine Fachgruppe gebildet aus Herren der ehemaligen Konzerne, die jederzeit darüber disponieren, wie die Verteilung der Auftragsbestände unter Berücksichtigung der niedrigsten Selbstkosten dorthin geleitet werden kann, wo die Wirtschaftlichkeit am günstigsten liegt. — Daraufhin untersuchte jede Werks- und Abteilungsleitung jeden einzelnen Arbeitsplatz gewissermaßen mit der Lupe danach, ob noch was zu rationalisieren sei. Sie jagten sich gegenseitig die Aufträge ab, um vor der Hauptverwaltung mit den niedrigsten Selbstkosten den Befähigungsnachweis zu dokumentieren. Und als das Tempo den Hauptherren noch zu gering war, wurden Galopp-Prämien für die Vorgesetzten ausgesetzt.

Nun fasseln die Werksblättchen von einer Übertreibung der Löhne durch die Gewerkschaften. Wie stehts damit? Als im Jahre 1924 der — nachweislich viel zu tiefe — Ecklohn der Hilfsarbeiter auf 40, der der Facharbeiter auf 50 Pf. die Stunde gesetzt wurde, wurden Tonnens- und Akkordprämien eingeführt und den Leuten vorgeschmust: Jetzt werdet ihr erst mal sehen! Jetzt werdet ihr mehr verdienen als bei den gewerkschaftlich festgesetzten Sätzen! Und wie ist es gegangen?

Während der Leistungseffekt je Kopf um 50 bis 75 vH stieg, sank das Lohnkommen von 220 M monatlich im Jahre 1927 auf 185 M im Jahre 1930, und es ist jetzt auf 160 M und auf noch weniger gefallen. Das Lohnaufkommen der Vereinigten Stahlwerke wird unter Berücksichtigung der Massentlassungen bei höherem Leistungseffekt des einzelnen von monatlich 43 Mill. M (einschließlich der Gehälter) auf 26 Mill. M gefallen sein.

In den fünf Jahren seit Bestehen der Vestag, wovon drei Jahre als Krisenzeit bezeichnet werden müssen, sind fast 370 Mill. M abgeschrieben worden, das heißt, die Hälfte des Aktienkapitals wurde neben dem Reingewinn aus dem Unternehmen herausgeholt in einer Zeit, wo die Vestag noch ein junges Unternehmen war und es schon kriselte. Haben auch diese glänzende Entwicklung die Gewerkschaftssekretäre verschuldet?

Und was sagt der Blutzuge des Werksblättchen-Schwätzers, der Direktor Vögler, zu dieser Entwicklung? Er charakterisierte sie im Jahre 1928 wie folgt: Wir müssen große Abschreibungen vornehmen, um die Anlagen auszubauen, damit wir mit der Technik Schritt halten und dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig bleiben. Und im Jahre 1930 erklärte er stolz: Es ist Unsinn, von einer Überkapazität zu sprechen. Die Produktion ist hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückgeblieben. Wir müssen unsere Anlagen so gestalten, daß wir künftig allen Anforderungen gerecht werden können.

Von diesen Äußerungen und entsprechenden Taten ihres Herrn Brotgebers scheinen die Spittama nichts zu wissen. Wahrscheinlicher noch ist, daß sie es wissen, es aber den Lesern der Werksblättchen unterschlagen, um besser schwindeln zu können. Glauben diese Ehrenmänner etwa, daß ihr Geschreibsel von den Leuten im Werk geglaubt wird? Wenn ja, dann sollten sie nur einmal mitgehen, wenn ihre Blättchen von den Vorgesetzten verteilt werden. Sie könnten da aus dem Munde von Arbeitern einiges hören, das in keinem Buche über den guten Ton zu finden ist.

Der Arbeiter sieht klarer wie sich die wirtschaftlichen Dinge abgespielt haben und abspielen, als die Industriellen und ihre Soldschreiber ahnen. Der Arbeiter weiß auch, daß ohne die Gewerkschaften es keine Tarifsicherung und keinen Urlaub gibt. Und schließlich und vor allem weiß er, daß all der Kohl der Werksblättchen nur serviert wird, die Proleten dem Herren im eignen Hause wieder so zu überliefern, als zu jener Zeit, da es wirklich noch keine Gewerkschaftssekretäre gab

den gewonnenen Gegenstand sehen, noch ihr für Verpackung und Versandspesen gesandtes Geld zurückbekommen haben.

Die Liste solcher Schmarotzer am Volkskörper ist mit den vorstehenden Beispielen noch lange nicht erschöpft. Wer sich näher unterrichten will, lese das Büchlein „Hüte Dich“ (Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof).

Gegen das Heer der Marodeure sind vom Reich und von den deutschen Ländern schon mehrfach Schritte unternommen worden. Aber Staatsanwälte und Gerichte sind fast machtlos. Unter den 600 000 im Deutschen Reich alljährlich rechtskräftig verurteilten Personen sind zwar rund 50 000 Betrüger, es tauchen jedoch immer neue auf. Viele dieser Betrüger sind auch so gewitzt, daß sie den Gesetzen stets eine Nase drehen und dem Staatsanwalt, wenn dieser wirklich zugegriffen hat, aus dem Garn schlüpfen.

Durchgreifende Abhilfe kann nur durch allgemeine Aufklärung geschaffen werden. Die erste Regel heißt: die Praktiken der Schädlinge kennen. Die zweite: alle Betrugsfälle melden. Erst die Häufigkeit der Einzelmeldungen macht eine wirksame Abwehr möglich. Solange einem Schwindler nicht nachgewiesen werden kann, daß er eine größere Zahl von Personen geschädigt hat, ist eine Anzeige meist nutzlos. Die Meldungen sind der zuständigen Polizeibehörde zu erstatten.

Dringend notwendig ist eine bessere Kontrolle der Zeitungsanzeigen durch die Anzeigenannahme. Nur wenn alle anständigen Kreise an der Verfolgung und Entlarvung der Parasiten mitwirken, wird das Treiben dieser Hyänen des Wirtschaftslebens unterbunden werden können. Km.

Großmannssucht — Klügelwirtschaft — Anmaßung

Unter der Überschrift *Unsere Unternehmer* lesen wir in der Sonderausgabe „Nachkriegskapitalismus“ der Frankfurter Zeitung:

„Beinahe in allen Ländern hat es Großspekulanten und Finanzmeteore gegeben, die aus der Not der Massen Kapital zu schlagen versuchten. Sie wurden fast alle von einem raschen Ende ereilt. Aber die Inflation, namentlich die in Deutschland, die größte aller Zeiten, hinterließ in breiteren Kreisen der Führer ihre nachteiligen Spuren. Die Großmannssucht, die einzelne arrivierte Unternehmer an den Tag legten, der mit der Not der Massen und der geistigen Oberschicht und mit der Belastung des Landes kontrastierende Lebensstil, den ein gewisser Teil unserer Wirtschaftsführer entfaltete; die kriminellen Vorfälle, die beim Zusammenbruch erster Unternehmungen (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG und Norddeutsche Wollkammerei) offenbart wurden; die vielfachen Mißbräuche im Aktienwesen, die im Anschluß an eine in der Inflationszeit leider gang und gäbe gewordene Aktionär-Expropriation zu beobachten waren; die Versuche, mit Hilfe von Stimmrechtsaktien industrielle Erbdynastien aufzubauen und die Unternehmerherrschaft statt auf Leistung auf Vergewaltigung der Kapitalgeber zu gründen; die Protektion und die Klügelwirtschaft, die demgemäß bei der Besetzung leitender Stellen eine Rolle spielten; die Festsetzung von aufreizenden Phantasiebezügen für die leitenden Männer, die häufig ohne Rücksicht auf Leistung, Qualifikation und „Marktwert“ erfolgte; die Inkonssequenzen, deren sich grundsätzliche Vertreter einer freien Unternehmerwirtschaft mehr als einmal schuldig gemacht haben, wenn es sich darum handelte, in irgendwelcher Form staatliche Subventionen für das eigene Unternehmen zu gewinnen; überhaupt das anspruchsvolle Auftreten bei der Beurteilung volkswirtschaftlicher Fragen, das sich manche dieser Führer anmaßen, auch wenn sie, obwohl vielleicht gute Geschäftsleute, völlige Laien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik waren — das alles und manches andere hat das Vertrauen in die überlegene und einwandfreie Wirtschaftsführung beeinträchtigt und dazu geführt, daß die großen positiven Leistungen des Unternehmertums in der Nachkriegszeit nicht die gebührende Anerkennung gefunden haben... Auf den Unternehmern und Kapitalisten selber lastet heute die Hauptverantwortung für das Schicksal des deutschen Kapitalismus.“

Das schreibt ein bürgerliches Blatt, dem niemand Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse nachzusagen sich trauen wird. Es wird damit nur bestätigt, was in diesen Spalten oft und oft dargelegt worden ist, nämlich, daß die kapitalistische Ordnung und ihre Träger durch und durch verfault sind. Die Fäulnis hat einen solchen Grad erreicht, daß man sich wundern muß, daß diese Gesellschaft überhaupt noch vegetiert.

Wegen 12000 Familien!

Seit Jahrzehnten wird der deutsche Steuerzahler mit hohen Abgaben belastet, um den Großgrundbesitz lebensfähig zu erhalten. In der Nachkriegszeit sind dem Großgrundbesitz in den Ostprovinzen immer wieder finanzielle Beihilfen gegeben worden. Jetzt steht die Osthilfepolitik wieder einmal vor einem Wendepunkt. Die preußische Regierung hatte vorgeschlagen, die Güter in Ostpreußen einfach aufzukaufen, sie an Siedler zu verteilen, damit diese ewige Zuschußquelle endlich einmal verstopft ist. Die Reichsregierung hat einen anderen Weg für notwendig erachtet und scheint die verderbliche Politik fortsetzen zu wollen. Wie es mit den Subventionsempfängern aussieht, wird deutlich im B. T. (Nr. 524) dargelegt:

„Das Schicksal des östlichen Großgrundbesitzes, um das es jetzt eigentlich geht, ist tatsächlich eine Angelegenheit von etwa 12000 Familien, einer Menschengruppe, die in Berlin in ein paar Straßenvierecken Unterkunft fände. Aber für die meisten dieser 12000 Familien war und ist die Erhaltung ihrer Güter gleichbedeutend mit dem Besitz der politischen Kommandohöhen in Preußen und Deutschland. Seit 150 Jahren wenigstens gab es im alten Preußen einen geschlossenen Kreis von Abhängigkeit: Der Großgrundbesitz des Ostens betrachtete den Staat als ein Instrument zur Sicherung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht, und der Staat erfüllte willig diese Ansprüche, weil er von den 12000 Familien beherrscht wurde. Er versorgte ihre Angehörigen in der Armee und in der Verwaltung, er sorgte für sie durch Zölle und offene Subventionen, er stützte sie politisch durch das System der Gutsbezirke und früher durch ein ausgeklügeltes Wahlrecht.“

Das ist auch heute noch nicht viel anders. Die Erhaltung der Arbeitslosen bereitet den öffentlichen Gewalten naturgemäß große Sorge. Aber warum müssen 12000 Familien Jahr für Jahr einen so hohen Zuschuß erhalten, womit man viele tausende Arbeitslose unterstützen könnte? Man mache rücksichtslos Schluß mit der Politik, ununterschieden Geldmittel in das Faß ohne Boden hineinzuschütten. Dies um so mehr, weil die Subventionsempfänger zu den geschworenen Feinden des heutigen Staates gehören.

Dem gewöhnlichen Arbeitslosen wird nach 20 Wochen die staatliche Unterstützung entzogen — der ostelbische Junker wird seit 60 Jahren vom Staat unterstützt. Der gewöhnliche Arbeitslose ruft nach Beschäftigung, um keinerlei Unterstützung zu brauchen — der ostelbische Junker ruft nach Subventionen, um sein bisheriges Dasein auf Kosten der Steuerzahler fortsetzen zu können. Der gewöhnliche Arbeitslose zahlt für die mageren Unterstützung Beiträge — der großbäuerliche Subventionsschlucker zeigt sich dem Staate erkenntlich durch fortgesetzte Anschläge gegen ihn. Je mehr der Staat die Großgrundbesitzer durch Zölle und Subventionen füttert, desto schärfer bedrohen sie ihn. Und der Staat meint, man müsse den ostelbischen Grundbesitz durch Geldhilfe erhalten — aus nationalen Gründen — — —

Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes

In der gegenwärtigen schweren Zeit ist das Volk mehr denn je den Angriffen von Schädlingen ausgesetzt, die sich auf Kosten anderer zu bereichern suchen. Wir meinen damit jene Angebote in der Presse über Stellenvermittlung, Nebenerwerb oder Heimarbeit, mit denen den Arbeitslosen die letzten Groschen aus der Tasche gelockt werden sollen, leider meist mit Erfolg. Der allergrößte Teil dieser Anzeigen beruht auf Schwindel. Das gleiche gilt für die meisten Preisrätsel, die Angebote von Darlehen, von Vertretungen u. a. m.

Das Übliche sind Anzeigen wie „Glänzende Existenz“, „Sicheres Einkommen durch vornehme Beschäftigung“, „Hohes Nebeneinkommen bei leichter Beschäftigung“, „Sicherer Nebenverdienst“, „Bequeme Heimarbeit“. Fast alle Anzeigen dieser und ähnlicher Art sind verdächtig. Die Anfrager erhalten aber nur eine — manchmal recht geheimnisvoll gehaltene — Andeutung und die Aufforderung, einen Geldbetrag für Portospesen und Schreibarbeit einzusenden. Für einen Teil der Gauner ist mit der Kassierung des gesandten Geldes das Interesse an dem „Bewerber“ erschöpft. Die Gerissenen senden, um gegenüber dem Staatsanwalt eine Deckung zu haben, „Material“ in Form von Adressenlisten oder von Anleitungen, wie man die Adressen bestimmter Berufswege herauschreiben und diese verwerten soll. Anderen Erwerbslosen wird ein sogenannter Erwerbslosen-Anzeiger geschickt, der Namen von Firmen enthält, die angeblich Stellen oder Beschäftigung anzubieten haben. Andere Schwindler versenden nach Erhalt des verlangten Geldbetrages wertlose Schriften, zum Beispiel „Der Weg zum Erfolg“ oder „Wie werde ich schnell reich“, „Kniffe und Tricks zum Geldverdienen“ u. a. m.

Viel stärker geschädigt sind die Arbeitslosen, die ihre letzten Spargroschen für eine „leicht zu verkaufende Neuheit“ hergeben oder „das Vertriebsrecht“ an einem „hohen Verdienst abwerfenden“ Artikel übernehmen. Der neugebackene Vertreter merkt meist erst nach Erhalt der Ware, daß diese viel zu teuer, keineswegs neuartig und damit absolut kein Geschäft möglich ist, weil das Publikum diese Gegenstände in jedem Warenhaus oder einschlägigen Geschäft kaufen kann. Aber die durch Unterschrift gegebene Verpflichtung zur Abnahme des Artikels im Werte von oft vielen hundert Reichsmark bleibt und der „Generalvertreter“ mag sehen, wie er die Ware los wird.

Beliebt ist auch zur Zeit, den Arbeits- und Stellenlosen Strickmaschinen zum Kauf anzubieten, mit dem Versprechen, alle auf den Maschinen hergestellten Strickwaren restlos abzunehmen. Die Strickmaschinen werden meist für einen zu hoch erscheinenden Preis verkauft, die Abnahme der Strick-

waren wird durch häufige Beanstandungen der gelieferten Waren durchkreuzt.

In den Rahmen der Arbeitsschwindler gehören die Kautionschwindler, die den Arbeitslosen gegen eine Sicherheit oder „Interesseneinlage“ eine „gutbezahlte Vertrauensstellung“ anbieten. Mit Vorliebe werden Stellen als Buchhalter oder als Beifahrer auf einem Lastwagen oder als Kassierer oder Mitarbeiter in einem angeblichen Maklergeschäft angeboten, die „Kautio“ soll als Sicherheit für gleichzeitig übertragene Inkassovollmacht dienen. Nach Bezahlung der Kautio verschwindet der Gauner.

In hoher Blüte steht gegenwärtig auch der Darlehens- und Hypothekenschwindel. Die „Darlehensgeber“ verlangen Provisionen, Abstandsgelder, Unkostenbeiträge u. a. m., um dann mitzuteilen, daß das Darlehen mangels genügender Sicherheit nicht gegeben werden kann. Die Hypothekenvermittler wollen Vollmachtsgebühren, Vertragsgebühren, Stempelgebühren, Beglaubigungsgebühren usw. und verstehen es ausgezeichnet, durch Verschleppung der Angelegenheit die Antragsteller zum Verzicht ihres Gesuches zu bewegen.

Eine besondere Gruppe sind die unter den Namen „Eigene Scholle“, „Bund für Realkredite“, „Kapitalnachweis“ usw. figurierenden Darlehensinstitute. In allen größeren Städten sind Zutreiber, die die Anträge von Darlehensuchenden der Zentrale übermitteln. Der „Interessengemeinschaft“ muß für deren Bemühungen ein erhebliches Honorar zugesichert werden. Der Darlehensuchende erhält gegen Nachnahme in Höhe dieses Honorars eine wertlose Scheinofferte.

Die Preisrätselanschreibungen von Versandhäusern üben immer noch eine Massensuggestion aus. Es ist auch zu verführerisch, für ein kinderleicht zu lösendes Rätsel einen wertvollen Preis zu erhalten. Die glücklichen Gewinner (das heißt alle, die sich an dem Preisrätsel beteiligen, dazu viele andere, denn mit Adressen wird ein schwungvoller Handel getrieben) erhalten die Mitteilung, daß für den gewonnenen Musikapparat oder Sprechapparat oder das Radiogerät oder die Standuhr usw. nur Geld zu senden sei (meist 16 bis 18 M) für Selbstverpackungs- und Versandkosten, um in den Besitz des wertvollen Gewinnes zu kommen. Der gewonnene Gegenstand ist aber das Geld nicht wert. Oder es kommt der zweite Trick, nämlich die Aufforderung zur Einsendung von weiteren größeren Geldbeträgen „für die Platten zum Sprechapparat“ oder „für die Röhren des Radiogeräts“. Verlangt der Betroffene sein Geld zurück, läßt die „Firma“ nichts von sich hören, so daß in zahlreichen Fällen die „glücklichen“ Gewinner weder

